bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 23 | 06. November 2008

Rechte Szene 2

„Nationaler Freidenker“
NPD und DVU wollen mit einem eigenen „Wunschkandiaten“ bei der Bundespräsidentenwahl im Mai antreten.

Medienwirksame Gerüchte
Auch in Bayern dreht sich das rechtsextreme Immobilien-Karussell.

Braunes „Heldengedenken“
Rechtsextremisten instrumentalisieren den Volkstrauertag zur Glorifizierung von Wehrmacht und SS-Verbänden.

Rassistischer Klartext
Jürgen Rieger inmitten der Neuen Rechten.

Heuchlerische Streiter
Rechtsextremisten schlachten das Thema Kindesmissbrauch propagandistisch aus.

Sekten 6

Codierter Antisemitismus
Eine europaweite Konferenz widmete sich den Aktivitäten einer umstrittenen Politsekte.

Ausland 7

Fragwürdige Reputation
Vertreter der intellektuellen extremen Rechten in Frankreich scheinen hoffähig zu werden.

Demokratische Initiativen 8

Opfer sichtbar machen
Diskussionsveranstaltung in der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Folgen rechter Gewalt.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Gemeinsame Erinnerung
Ein Mahnmal für die verfolgten und deportierten Juden und Roma in Rumänien.

„Arische Ostereier“
Die Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Unternehmer in der Nazizeit.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Nationaler Freidenker"

NPD und DVU wollen mit einem eigenen „Wunschkandiaten" bei der Bundespräsidentenwahl im Mai antreten.

Als die Mitglieder der Bundesversammlung am 17. Juli 1954 in Berlin zusammentraten, um zum zweiten Mal in der noch jungen Geschichte der Republik ein Staatsoberhaupt zu wählen, entfiel eine Stimme auf Karl Dönitz, Hitlers Nachfolger als Reichspräsident, der in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden war und noch in Haft saß. Solch einen „prominenten" Kandidaten hat die extreme Rechte nicht aufzubieten, wenn am 23. Mai 2009 die 13. Bundesversammlung zusammenkommt.

Mit vier Vertretern sind NPD und DVU in der Bundesversammlung vertreten: die NPD mit zwei aus Sachsen und einem aus Mecklenburg-Vorpommern, die DVU mit einem aus Brandenburg. Beide Parteien haben sich eigenen Angaben zufolge bereits auf einen Kandidaten geeinigt. Spekuliert worden war, dass DVU-Chef Gerhard Frey – quasi als Krönung seines Lebenswerks – persönlich antreten würde. Doch Frey ließ dementieren. Sein Stellvertreter Bruno Wetzel berichtete stattdessen von einem „parteifreien Wunschkandidaten", der sich nach Gesprächen mit der brandenburgischen Fraktionsvorsitzenden Liane Hesselbarth einverstanden erklärt habe und der „weit in das Lager der Etablierten einbrechen" könne. Sachsens NPD-Fraktionschef Holger Apfel sprach von einem „nationalen Freidenker, der für DVU und NPD antreten wird". Sein Name, so die Planung, soll im ersten Quartal 2009 bekannt gegeben werden.

Bis dahin wird gerätselt, wer der „Wunschkandidat" sein könnte. In einschlägigen Foren wurden die Namen Gerard Menuhin und Hajo Herrmann gehandelt. Doch der eine besitzt offenbar nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und dürfte angesichts seiner jüdischen Herkunft nur schwer in der extremen Rechten zu vermitteln sein, der andere zählt inzwischen 94 Lebensjahre. Ins rechte Anforderungsprofil passen würden hingegen Rechtsausleger wie Björn Clemens oder Harald Neubauer: bewusst parteilos, aber dennoch bei NPD und DVU nicht umstritten, sondern als Gesprächspartner geschätzt.

Nicht definitiv geklärt scheint die Frage, wie sich die Rechtsextremen verhalten, falls im ersten oder den ersten beiden Wahlgängen, in denen eine absolute Mehrheit erforderlich ist, noch keine Entscheidung fällt. Die Internetseite wahlrecht.de rechnet CDU, CSU, FDP und den Freien Wählern aus Bayern 613 oder 614 Mitglieder der Bundesversammlung zu. Mit 613 wäre bei 1224 Mitgliedern so gerade die absolute Mehrheit erreicht. Enger wird es für das konservativ-liberale Lager auch, weil der aus der CDU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche Anfang Oktober erklärte, es sei „mehr als fraglich", dass er für Horst Köhler votiere, nachdem der sich „gegen den breiten Willen des deutschen Volkes zum Erfüllungsgehilfen einer EU-hörigen Bundesregierung" gemacht habe. Stimmt das konservativ-liberale Lager nicht geschlossen für Köhler, SPD und Grüne aber geschlossen für Gesine Schwan und zöge der Linken-Kandidat Peter Sodann zurück, könnten die Rechtsextremen rein rechnerisch zum Zünglein an der Waage werden.

Darauf setzte möglicherweise auch Wetzel, als er im Mai ausdrücklich nur über die Chancen des Rechtsaußen-Kandidaten „in den ersten beiden Wahlgängen" spekulieren mochte. Auch NPD-Vize Holger Apfel träumte wohl vorübergehend von einer Rolle als „Königsmacher". Die Wahl verspreche spannend zu werden, meinte er im September: „In einer zweiten Runde oder einer Stichwahl könnten der neue Bundespräsident oder die neue Bundespräsidentin dann gar auf die Delegiertenstimmen der nationalen Bündnispartner angewiesen sein." Das Stimmverhalten in einem solchen Fall stehe noch nicht fest, sagte er. So ganz nebenbei verriet seine Stellungnahme seine Unkenntnis der Regeln: Eine „Stichwahl" mit den beiden bestplatzierten Bewerbern gibt es auch in einem dritten Wahlgang nicht.

Davon abgesehen räsonierte Apfel im September über Vorzüge oder Nachteile Köhlers und Schwans aus Sicht der NPD. Inzwischen nennt er beide „indiskutabel", was dafür sprechen könnte, dass der Kandidat der extremen Rechten in sämtlichen möglichen Wahlgängen auf den Stimmzetteln stehen soll.

Tomas Sager

Medienwirksame Gerüchte

Auch in Bayern dreht sich das rechtsextreme Immobilien-Karussell.

Am 28. Oktober nahm der Gemeinderat im oberfränkischen Warmensteinach sein Vorkaufsrecht wahr und bot dem Besitzer der „Pension Puchtler" den Verkehrswert von 380 000 Euro als Kaufpreis an. Damit reagierte die Stadt auf die Aussagen des an einem Münchner Gymnasium unterrichtenden Peter Stiedl, er wolle den Gasthof für 1,84 Millionen Euro an den Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger verkaufen. Der sprach erst von einem „Rudolf-Heß-Zentrum", dann gar von einer nationalen Siedlung mit fünf Grundstücken.

Rieger und die NPD deuteten gleichzeitig Interesse an der Gaststätte „Stadt Mainz" in Würzburg an. Wohl um die angebliche Erwerbsabsicht zu unterstreichen, wurde in der „Pension Puchtler" im September eine Veranstaltung mit Rieger und dem NPD-Aktivisten Norman Bordin durchgeführt. Im „Gasthaus Gruber" im oberbayerischen Halsbach sollte Bordin gar schon als „Eventmanager" angestellt sein. Das behauptete jedenfalls der dortige Wirt Alois Gruber jun., der damit den Druck auf die Gemeinde zu erhöhen versucht, seinen unrentabel gewordenen Landgasthof für 1,25 Millionen Euro zu erwerben oder für 5000 Euro pro Monat zu pachten. Als über 2800 Menschen im September gegen die häufige Neonazipräsenz demonstrierten, stellte sich Norman Bordin mit dem ebenfalls knasterfahrenen militanten Aktivisten Karlheinz Statzberger und dem Neonazi-Versandhändler Matthias Polt („Versand der Bewegung", Murnau) gut sichtbar auf dem Balkon des „Gasthauses Gruber" auf. Tatsächlich arbeitete der NPD-Aktivist Bordin (Ottobrunn) damals jedoch in Vollzeit für eine Münchner Zeitarbeitsfirma.

Auch in Bayern wiederholt sich immer öfter ein Szenario, das aus einer unverkäuflichen beziehungsweise überteuerten Immobilie, aus Verkäufern in finanziellen Schwierigkeiten oder solchen im Clinch mit den Behörden sowie aus der öffentlichen Drohung einer Überlassung an Neonazis besteht. So erwarb die Stadt Wunsiedel 2007 für einen Millionenbetrag den Gasthof „Waldlust", nachdem Kaufgerüchte durch Jürgen Rieger öffentlich wurden und Thomas Wulff medienwirksam mit seinem VW-Bus vorgefahren war. Ende 2007 kaufte die Stadt Hassfurt die „Wildbadkegelbahn". Für die soll sich Uwe Meenen (Würzburg) interessiert haben, nachdem die Wunsiedler Kneipe „Lokalbahn" nicht mehr für Kameradschaften und NPD zur Verfügung stand.

Der mitgliederstärkste Landesverband der NPD besitzt neben der regelmäßig von der NPD genutzten Lokalität „Traudls Café" im niederbayerischen Fürstenzell kaum Infrastruktur. Ein gut sichtbares großes NPD-Schild, die Überlassung als NPD-Wahlkampfzentrale und für ein Sommerfest im September 2008 sollten folglich im niederbayerischen Straubing die Stadt motivieren, eine in Insolvenz gegangene ehemalige Tierklinik für 2,3 Mio Euro zu erwerben. Die geringen finanziellen Mittel der bayerischen NPD lassen den Ankauf einer solchen Immobilie völlig unrealistisch erscheinen. Jürgen Rieger mögen Immobiliendeals zuzutrauen sein, auch er dürfte sich jedoch eher zu marktüblichen Preisen bedienen.

Die Städte Grafenwöhr (Tennishalle), Cham (Diskothek), Lauf (Wiesengrundstück) ließen sich in den letzten Jahren durch einschlägige Drohungen zu einem Kauf drängen. Die Städte Altreichenau (Wellenbad), Neumarkt (Bürogebäude), Weissenohe (Wiesengrundstück) ließen sich dagegen nicht schrecken, in keinem Fall haben danach Partei oder Strohmänner zugegriffen. Das von der NPD angekündigte „Bundes-Schulungszentrum" in Altötting entpuppte sich als unbenutzbare Bauernhofruine eines lokalen NPD-Aktivisten. Die Drohung mit einem „Schulungszentrum" wird zunehmend unglaubwürdig. Beim Bundesparteitag in Bamberg stellte Andreas Molau das „Schulungskonzept" der NPD vor: „Wir werden Grund- und Aufbaulehrgänge im Schulungszentrum Berlin entstehen lassen. Ansonsten wurde ein E-Lern-Konzept erarbeitet" – von dezentralen Kursen war nicht die Rede.

Kaum Diskussionen gibt es indes über die in diesem Jahr tatsächlich erfolgten Immobilienkäufe in Bayern: Im mittelfränkischen Insingen-Lohr erwarb Neonazi-Barde Frank Rennicke für 31 000 Euro ein Bauernhaus mit Nebengebäuden, in Schwanstetten kaufte der extrem rechte „Zentralrat souveräner Bürger" für 600 000 Euro die „Dorfschänke".

Robert Andreasch

Braunes „Heldengedenken"

Rechtsextremisten instrumentalisieren den Volkstrauertag zur Glorifizierung von Wehrmacht und SS-Verbänden.

Unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten" rufen die „Freien Nationalisten München" zu einem „zentralen Heldengedenkmarsch" der „Freien Kräfte aus Bayern" am 15. November in der Innenstadt von München auf. Als Redner des „Trommelmarsches mit Gedenkkranz" sind die NPDler Karl Richter (Stadtrat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München"; BIA) und Roland Wuttke (BIA), Julian Engels („Aktionsgruppe Essen") sowie Philipp Hasselbach und Mike Nwaiser von den „Freien Nationalisten München" angekündigt. Zur Mobilisierung für die Veranstaltung haben die Neonazis eigenes eine Homepage namens „heldengedenken-muenchen" erstellt, die Domain hält Hasselbach. Hasselbach ist unter anderem wegen Volksverhetzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt.

Der Volkstrauertag, zur NS-Zeit „Heldengedenktag" genannt, ist für die extreme Rechte ein besonderes Datum. Der Gedenktag wird missbraucht, um das NS-Regime im revisionistischen Sinne von der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu entlasten und die Wehrmacht zu glorifizieren. Gedacht wird an diesem Tag, so heißt es in der Waffen-SS-treuen Zeitschrift „Der Freiwillige", „unseren gefallenen Soldaten und den durch die völkerrechtswidrige Vertreibung vor und nach 1945 und den durch alliierten Bombenterror ums Leben gekommenen Zivilisten in der Heimat". Rechtsextremisten begehen diesen Tag mit öffentlichen Gedenkfeiern oder szenetypischen Veranstaltungen und Kranzniederlegungen. So wird beispielsweise auf (Soldaten-)Friedhöfen, Ehrenmalen von Wehrmachts-Divisionen, so genannten Kriegerdenkmalen oder Gedenksteinen aufmarschiert. Im Schein von Fackeln werden Gedichte vorgetragen, Lieder wie „Ich hatt´ einen Kameraden" oder „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu" geschmettert sowie das Deutschlandlied in allen Strophen gegrölt.

Der Volkstrauertag wird in der Bundesrepublik Deutschland seit 1952 als nationaler Trauertag begangen, um der Opfer beider Weltkriege und des Nationalsozialismus zu gedenken. In der Weimarer Republik gab es erstmals 1926 einen Volkstrauertag für die Toten des Ersten Weltkrieges. 1934 wurde der Volkstrauertag von den Nationalsozialisten in „Heldengedenktag" umbenannt und zum offiziellen Staatsfeiertag erklärt. Gedacht wurde von nun an auch den beim Hitler-Putschversuch am 9. November 1923 umgekommenen Nationalsozialisten. Ab 1939 wurde an getrennten Tagen der Toten beider Weltkriege und den „Gefallenen der Bewegung" gedacht.

Im vergangenen Jahr versammelten sich anlässlich des Volkstrauertages rund 200 Rechtsextremisten am 17. November in Berlin. Die NPD hatte zu einer Gedenkkundgebung aufgerufen. In seinem „Aufruf" an die „deutschen Landsleute" attackierte der frühere Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuninger die „bundesrepublikanische Gedenkkultur", die den Schluss zulasse, „dass deutsche Gefallene zu Toten unterster Klasse degradiert werden sollen." Bräuninger: „Wenn unserem Volk in steigender Zahl die Stätten zum ehrenden Gedenken der eigenen Kriegstoten genommen werden, sind alle nationalen Deutschen gefordert, dieses Gedenken öffentlich zu vollziehen." In Hausneindorf in Sachsen-Anhalt richtete die NPD am gleichen Tag eine Versammlung unter dem Motto „Erinnern-Gedenken-Ehren! Auch heute in der alten Festung Harz" aus. 70 Rechtsextremisten waren vor Ort. Am Anschluss an die Veranstaltung nahmen rund 50 Personen an einem Vortrag des rechtsextremen Historikers Olaf Rose zum Thema „Über Galgen wächst kein Gras" in Heimburg teil. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge agitierte Rose dabei gegen die Justiz der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Am 18. November 2007 hatten sich rund 140 Rechtsextremisten zum „Totengedenken zum Volkstrauertag" im thüringischen Friedrichroda versammelt. Veranstalter war der NPD-Kreisverband Gotha. Stolz verkündete die NPD nach der Veranstaltung, dass diese bereits zum fünften Mal in Friedrichroda „störungsfrei und in einem angemessenen Ambiente" stattfinden konnte. Ungehindert zog der NPD-Tross durch die „gesamte Innenstadt", um dann am Denkmal für die gefallenen Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges den Reden des Gothaer NPD-Kreisvorsitzenden Sebastian Reiche, des thüringischen NPD-Landesgeschäftsführers Patrick Wieschke und des ehemaligen NS-Jagdfliegers

Reinhold Leidenfrost zu lauschen. Ebenfalls am 18. November fand vor dem Kriegerdenkmal in Klötze (Sachsen-Anhalt) eine von den „Freien Nationalisten Altmark-West“ organisierte Kranzniederlegung mit rund 80 Rechtsextremisten statt.

Zentrale Bedeutung für die braune Szene hatte bis 2007 der Aufmarsch zum „Heldengedenken“ im brandenburgischen Halbe. Mehr als 23 000 Kriegstote haben dort ihre letzte Ruhestätte. Der Ort ist für Neonazis von großem symbolischem Wert. Die Inszenierung eines Totenkultes um die Gefallenen auf dem Gelände der letzten großen Kesselschlacht des Zweiten Weltkriegs sollte dazu dienen, den Kampf der im Frühjahr 1945 noch verbliebenen Wehrmachts- und SS-Verbände zu verklären. Selbst der Untergang des NS-Regimes wurde von den Neonazis heroisiert und mythisch überhöht. Am 3. März 2007 fand in Halbe zum wohl vorerst letzten Mal ein „Heldengedenken“ unter dem Motto „Die Treue ist das Mark der Ehre“ statt. Etwa 500 Teilnehmer/innen hatten sich dazu eingefunden. Redner waren neben Christian Worch unter anderem der NPD-Bundesvorständler Sascha Roßmüller und der Vorsitzende der Schweriner NPD-Landtagsfraktion Udo Pastörs. Die für den 17. November 2007 von Lars Jacob (Rostock) angemeldete Versammlung in Halbe unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten und den europäischen Freiwilligen“ wurde einen Monat vorher nicht zuletzt wegen der restriktiven Vorgaben durch das brandenburgische Gräberstätten-Versammlungsgesetz abgesagt. So dürfen Neonazis auf dem Friedhof in Halbe keine Kränze mehr niederlegen. Mit ihrem Rückzug aus Halbe, so der Landesverfassungschutz, „kaschieren die Neonazis ihre Niederlage“.

Anton Maegerle

Rassistischer Klartext

Jürgen Rieger inmitten der Neuen Rechten.

Für die Publikation der Neuen Rechten „Identidad“ aus Valencia hat der Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger ein ausführliches Interview gegeben, das er auf seiner eigenen „Heimseite im Weltnetz“ verbreitet. In der jüngsten Ausgabe des spanischen Organs lässt sich der NPD-Bundesvize unter anderem über die „Invasion“ der Türken aus, lässt ethnologisch-anthroposophische Ergüsse über deren Herkunft folgen (Turkvölker, die an sich kriegerische Mongolen seien), spricht von einem „umgezüchteten“ deutschen Volk, äußert sich zu Rasse und multirassischer Gesellschaft, erdreistet sich der These, dass der Ausgang der Landtagswahl in Bayern „durch die Türken mit deutschem Pass entschieden“ wurde, bezeichnet die ehemalige DDR nur als Mitteldeutschland, wo es mehr Nationalstolz als im früheren Westteil der Bundesrepublik gegeben habe und dessen Anti-Amerikanisierung durchaus seine Sympathien bekomme...

Verantwortlich für das alle vier Wochen erscheinende Theorieblatt „Identidad“ sind Enrique Ravello und Ernesto Mila. Ravello gehört zum Vorstand der metapolitisch agierenden „Kontinent Europa Stiftung“ und ist Kopf der Bewegung „Land und Volk“. In der Vergangenheit durfte sich Ravello auch schon mal in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ zu Wort melden. Mila agiert in der ultrarechten außerparlamentarischen Gruppierung Espana 2000 als Pressesprecher, nachdem er sich zuvor bei anderen rechtsextremen Parteien auch nicht als „Straßenkämpfer“ zu schade war.

Im Impressum der Zeitschrift werden als redaktionelle Korrespondenten gleich eine ganze Reihe von Vertretern der Neuen Rechten aufgeführt, die sich dann wieder in führender Funktion bei der europäischen Denkfabrik „Kontinent Europa Stiftung“ (Vorstand oder Direktorium) begegnen oder sich auch vom Thule-Seminar kennen. Dazu gehören der langjährige FN-Wegbegleiter Pierre Vial aus Frankreich wie sein antisemitischer Landsmann Guillaume Faye, Pierre Krebs als Kopf des Thule-Seminars, Duarte Branquinho, leitender Parteisekretär der rechtsnationalen PNR in Portugal, der in seiner Vita zwischen Rechtsterrorismus und Dritter-Weg-Prediger pendelnde Gabriele Adinolfi aus Italien sowie Hilde de Lobel, Abgeordnete des Vlaams Belang aus Antwerpen, zuletzt bei der geplatzten Anti-Islam-Konferenz am 19. September in Köln eingeladen. Ferner sind als „Identidad“-Autoren der aus Argentinien mit Heidegger-Veröffentlichungen auf sich aufmerksam machende Philosoph Carlos Dufour sowie der in Santiago de Chile beheimatete glühende Hitler-Verehrer Erwin Robertson, Herausgeber der Schrift „La Ciudad de los Cesares“ (Stadt der Kaiser), aufgelistet.

Horst Freires

Heuchlerische Streiter

Rechtsextremisten schlachten das Thema Kindesmissbrauch propagandistisch aus.

Ein Polizeisprecher im sächsischen Chemnitz bestätigte im Oktober, dass ein polizeibekannter 20-jähriger Neonazi aus dem Raum Mittweida im Verdacht steht, am 5. Dezember 2007 zwei Mädchen in Niederwiesa schwer sexuell missbraucht zu haben. Der verdächtige Kinderschänder ist durch Staatsschutzdelikte aus dem rechten Spektrum bekannt. Im August wurde die Wohnung eines 27-Jährigen in Dieringhausen (Nordrhein-Westfalen) von der Polizei durchsucht. Gegen den Neonazi, der führendes Mitglied der „Kameradschaft Oberbergische Wacht" sein soll, wird wegen „Verdachts des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung" ermittelt. Im Herbst 2006 legte Matthias Paul, damals sächsischer NPD-Landtagsabgeordneter, sein Mandat wegen des Verdachts auf Besitz und Verbreitung von Kinderpornographie nieder.

Vorfälle dieser Art werden in der rechtsextremen Szene gerne verschwiegen. Anders verhält es sich bei Sexualstraftaten außerhalb des eigenen Lagers. Es gehört seit Jahren zum rechtsextremen Repertoire, Sexualstraftaten propagandistisch auszunutzen, dieses emotional besetzte Thema kampagnenartig auszuschlachten und lautstark härtere Strafen für die Täter zu fordern. So demonstrierten rund 300 Rechtsextremisten am 1. September in Leipzig unter dem Motto „Unsere Kinder – unsere Zukunft". An der Demonstration nahmen auch die NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold, Jürgen Gansel, Alexander Delle und Holger Apfel teil. Apfel forderte in seiner Rede die „Todesstrafe für Kinderschänder". Neonazis aus Schkeuditz führten als Bürgerinitiative „Unsere Kinder – Unsere Zukunft" am 12. August 2007 in Merseburg eine Kundgebung zum Thema „Schützt unsere Kinder – Härtere Strafen für Pädophile" durch. Am 13. Oktober verteilten Aktivisten des JN-Stützpunktes Unterfranken und der NPD Flugblätter „Unsere Kinder – unsere Zukunft". Die NPD wollte damit „die Missstände in Sachen Bestrafung von Sexualstraftätern und Pädophilen" ansprechen. Im sächsischen Borna versammelten sich am 2. Mai dieses Jahres 250 Rechtsextremisten, um ein „Zeichen gegen Kindesmissbrauch" zu setzen.

Anton Maegerle

Sekten

Codierter Antisemitismus

Eine europaweite Konferenz widmete sich den Aktivitäten einer umstrittenen Politsekte.

Sie nannten sich Europäische Arbeiterpartei (EAP), Patrioten für Deutschland, Schiller-Institut oder Bürgerrechtsbewegung Solidarität (Büso). All diese Gruppen gehören zur LaRouche-Bewegung. Benannt nach dem Gründer Lyndon La Rouche und dessen Ehefrau Helga Zepp LaRouche. Die Aktivitäten der LaRouche-Bewegung sollten nicht unterschätzt werden, lautet das Fazit einer europaweiten Konferenz, die kürzlich in Berlin statt fand. Daran hatten Juristen und Parlamentarier sowie ausgestiegene LaRouche-Mitglieder aus mehreren Staaten teilgenommen.

Zu den Initiatoren der Konferenz gehört der Berliner Rechtsanwalt Eberhard Schultz, der die Eltern von Jeremiah Doggan vertritt. Der junge Mann aus Großbritannien hatte in Frankreich ein Studium begonnen, Kontakt zu Aktivisten der LaRouche Bewegung bekommen und an einem Seminar des Schiller-Instituts in der Nähe von Wiesbaden teilgenommen. In den frühen Morgenstunden des 27. März 2003 war er tot auf einer Autobahn in der Nähe von Wiesbaden aufgefunden worden. Die Polizei sprach von Selbstmord und schloss die Akten. Doggans Eltern fordern die Wiederaufnahme des Verfahrens sowie eine genaue Untersuchung der Todesumstände und der Ereignisse vor dem Tod. Jeremiah Doggan sagte seiner Mutter am Handy, er sei in großen Schwierigkeiten und brauche Hilfe. Auf der Konferenz des Schiller-Instituts hatte Doggan erklärt, dass er Jude sei.

Nach Einschätzung des Politikwissenschafters Chip Berlet arbeitet die LaRouche-Bewegung mit Verschwörungstheorien und einem codierten Antisemitismus. So würden für Krisen und Kriege in Propagandaschriften Personen mit jüdisch klingenden Namen verantwortlich gemacht. LaRouche-Aussteiger sprachen von Gehirnwäsche, die gegen Mitglieder ausgeübt werde. Die Konferenz hat nicht zuletzt deutlich gemacht, dass die Aktivitäten der LaRouche-Bewegung europaweit künftig kritischer beobachtet werden.

Peter Nowak

Ausland

Fragwürdige Reputation

Vertreter der intellektuellen extremen Rechten in Frankreich scheinen hoffähig zu werden.

Es war kein alltäglich wirkendes Thema, über dem die Teilnehmer an einem zweitägigen Kolloquium am 30. und 31. Oktober dieses Jahres brüteten. „Der Held in der europäischen Identität“ lautete die Themensetzung. Sehr „handfest“ war die Darstellung des vorgegebenen Themas in der Ankündigung zur Konferenz, die sich bei dem militant-rechtsextremen Infodienst im Internet „Novopress“ fand. Dort wurde das Thema durch die Abbildung eines antik ausgestatteten Kriegers, mit Helm und Schwert, illustriert.

Organisiert wurde die Veranstaltung durch das Rathaus von Nizza, ganz offiziell, und durch eine private Bildungseinrichtung: das „Europäische Institut für höhere internationale Studien“ (IEHEI). Der erste Konferenzredner, der am 30. Oktober – gleich nach dem Grußwort des stellvertretenden Bürgermeisters von Nizza, Bernard Asso – zu Wort kam, war Alain de Benoist. Benoist, der seit den späten 70er und frühen 80er Jahren als „Papst der Nouvelle Droite (Neuen Rechten)“ galt, ist seit über 40 Jahren „der“ Vordenker einer konzeptuellen Erneuerung der extremen Rechten. Im Jahr 1968 gründete er in derselben Stadt, in Nizza, das GRECE oder „Forschungs- und Studienzentrum für die europäische Zivilisation“.

In seinem Vortrag in Nizza sprach de Benoist über Georges Dumézil, der als Sprachforscher zu „indo-europäischen Sprachfamilien“ arbeitete. Auch wenn Dumézil keine ideologischen Absichten damit verbunden haben mag, wird er seit Jahrzehnten durch Rechtsextremisten für ihre Sache vereinnahmt: Wo er nach Abstammungslinien der „indo-europäischen Völker“ sucht, erblicken sie „Arier“.

Erstaunlich ist die offizielle Teilnahme Alain de Benoists an einem Kolloquium, das durch die Stadt Nizza offiziell mitveranstaltet wurde, schon. In der südostfranzösischen Stadt hatte das bürgerlich-konservative Lager allerdings über lange Zeit hindurch offene Flanken zur extremen Rechten. Von 1995 und noch bis zum März 2008 amtierte dort als Bürgermeister Jacques Peyrat, der von 1972 bis 1994 dem rechtsextremen Front National (FN) angehört hatte. In diesem Jahr wurde er nun durch einen Rivalen im konservativen Lager, Christian Estrosi, abgelöst. Aber offenkundig sind nicht alle Brücken von den örtlichen Konservativen hin zur extremen Rechten abgerissen.

Aus dem dereinstigen Dunstkreis rund um Alain de Benoist kommt auch Yvan Blot, ein hoher Beamter, der im elsässischen Straßburg ansässig ist. Vor kurzem erhielt Yvan Blot nun eine Auszeichnung: Den „Preis für das liberale Buch 2008“, für ein Werk, das er über den britischen Liberalen Herbert Spencer verfasst hatte. Yvan Blot ist für Kenner der französischen extremen Rechten jedoch ein uralter Bekannter.

Bevor er sich – nach der Spaltung des Front National (FN) in Le Pen- und Mégret-Anhänger – im Jahr 2000 aus der aktiven Politik zurückzog, war er einer der führenden Intellektuellen des FN. Neben Schulungsaufgaben war Blot damals beim FN auch für die internationalen Kontakte zuständig, insbesondere nach Deutschland. Dort nahm er, 1992 in München, am so genannten „Leuchter-Kongress“ der Auschwitzlügen-Anhänger teil. Seit 2005 ist Blot Mitglied der konservativen bürgerlichen Partei UMP. Unterdessen hat er seiner Ideologie nicht abgeschworen. Im Gegenteil: Im Jahr 2006 publizierte Blot beispielsweise ein Buch über „Unser griechisches Erbe“, und hielt Vorträge über „Die Kritik der Demokratie bei den griechischen Philosophen“. Der ewige Griechenlandfimmel – wie er sich schon im Namen des GRECE widerspiegelt(e) –, Kritik der Demokratie und des Egalitarismus, Eintreten für „Aristokratie“, angeblich „natürlich“ Ungleichheit und Erdverbundenheit: Alles Wesentliche vom Denken der rechtsextremen Intellektuellen ist bei ihm offenkundig noch vorhanden.

Verliehen wird der „Preis für das liberale Buch“ durch eine Vereinigung namens ALEPS („Vereinigung für die wirtschaftliche Freiheit und den sozialen Fortschritt“). Es handelt sich dabei um einen Club von thatcheristischen Wirtschaftsliberalen, der extrem gewerkschafts- und sozialstaatsfeindlich ausgerichtet ist. Vielleicht kein Wunder, dass man dort auch mit eventuell autoritär gepolten Rechten keine Probleme zu haben scheint.

Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen

Opfer sichtbar machen

Diskussionsveranstaltung in der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Folgen rechter Gewalt.

Wenn von Gewaltübergriffen durch Rechtsextremisten die Rede ist, stehen meistens die Täter im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Selten bleiben dagegen die Namen und Gesichter der Opfer dieser Taten in Erinnerung. Mit der Konferenz „Respekt und Recht", die Anfang November in Berlin stattfand, richteten Friedrich-Ebert-Stiftung, Opferperspektive Brandenburg und Reach out Berlin ausdrücklich den Fokus auf die Opfer.

Einer, der sich seit 1997 immer wieder intensiv um ein Opfer rechter Gewalt kümmert, ist der „Tagesspiegel"-Reporter Frank Jansen. Er berichtete bei der Veranstaltung in der Ebert-Stiftung anschaulich über die dramatischen physischen und psychischen Folgen einer solchen Tat. Nicht allein das Opfer selbst, ein ursprünglich aus Italien stammender Mann, der 1996 in Trebbin von einem rechten Jugendlichen niedergeschlagen worden war, sondern auch die nächsten Angehörigen seien durch den damaligen Übergriff extrem in Mitleidenschaft gezogen, erzählte Jansen.

Dank regelmäßiger Berichte über das Schicksal dieser Familie und damit verbundenen Spendenaufrufen funktioniert in diesem Fall zumindest die kontinuierliche Unterstützung. Doch es gibt neben den wenigen bekannten eine weitaus größere Zahl an mehr oder weniger anonymen Opfern rechter Gewalt. Manche scheuen aus Angst den Gang zur Polizei oder zu anderen Institutionen. Immerhin existieren seit längerem Anlaufstellen für Betroffene: in Brandenburg der Verein Opferperspektive, in Berlin Reach Out. „Wir benötigen dringend eine stärkere Beachtung der Opfer rechter Gewalt und ihres Blickwinkels auf das Geschehen", betonte Sabine Seyb von Reach Out. Deshalb widmet sich die Organisation – neben der individuellen Beratung und Betreuung von Opfern – auch intensiv der politischen Intervention und Öffentlichkeitsarbeit. „Wir setzen auf Bündnisse, Vernetzung und umfassende Informationen, um auch den Schutz potenzieller Opfer zu verbessern", so Sabine Seyb.

Wobei zu Opfern durchaus auch die werden können, die anderen helfen wollen. So waren von 861 gewalttätigen rechten Übergriffen in den ostddeutschen Ländern im Jahr 2007 am häufigsten Angehörige der linksalternativen Szene betroffen, bei der zweitgrößten Gruppe steckten rassistische Motive hinter den Übergriffen, und bereits an nächster Stelle der Statistik fanden sich als Opfer politisch gegen Rechtsextremismus und Rassismus aktive Menschen wieder.

Umso wichtiger die Aussage des Potsdamer Oberbürgermeisters Jann Jakobs (SPD), dass es keine Unterscheidung in „mehr oder weniger von rechter Gewalt betroffene Opfer" geben dürfe. „Jede Tat kann erhebliche Auswirkungen haben, und deshalb ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Opferschutz zu gewährleisten." In Potsdam sei auf sein Betreiben und unter seinem Vorsitz ein lokaler Beirat geschaffen worden, der sich mit dem Thema Gewalt befasst. „Hier finden sich Polizisten und potenzielle Opfer an einem Tisch zusammen und setzen sich in einem langen Prozess mit unterschiedlichen Wahrnehmungen und Einschätzungen auseinander", erklärte Jakobs. Wichtig sei ihm, dass der Beirat unabhängig von aktuellen Gewaltereignissen arbeite, denn nur wenn eine Kultur der Toleranz gelebt und Gewalt abgelehnt werde, gebe es im Fall von Übergriffen auch spontane Unterstützung für die Opfer.

Interessante Einblicke in den Umgang mit rechter Gewalt in England vermittelte der Kriminologe Neil Chakraborti von der Universität Leicester. Danach gehe die Mehrzahl der rassistisch motivierten Übergriffe von Menschen aus, die nicht in rechten Gruppen organisiert seien. Diese „normalen Leute" seien allerdings offen für rechte Propaganda und machten häufig Migranten oder Asylbewerber für den Verlust an lokaler Identität verantwortlich.

Mehr Engagement für diejenigen, die bereits zu Opfern rechter Gewalt geworden sind sowie für jene, die es wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit werden könnten, forderten die Teilnehmer/innen der Fachforen im zweiten Teil der Konferenz. Und der SPD-Bundestagsabgeordnete Niels Annen betonte in einem Ausblick zum Abschluss der Veranstaltung die besondere Verantwortung von Politik und Zivilgesellschaft für die Auseinandersetzung mit Opfern rechter Gewalt.

Gudrun Giese

Blick in die Zeitgeschichte

Gemeinsame Erinnerung

Ein Mahnmal für die verfolgten und deportierten Juden und Roma in Rumänien.

Nun scheint die rumänische Hauptstadt Bukarest doch endlich ein Holocaust-Mahnmal zu bekommen. Der Grundstein wurde bereits vor zwei Jahren an historischem Ort gelegt – vor dem ehemaligen Innenministerium, wo seit 1940 die Deportation und Ermordung der rumänischen Juden und der Roma geplant und organisiert worden war. Hier residierte damals zeitweise der faschistische rumänische Regierungschef Ion Antonescu. Der wurde nach der Befreiung durch die Rote Armee 1946 in Bukarest vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Wie lange es von der ersten Planung bis zum nun offenbar bevorstehenden Baubeginn gedauert hat, kann man an einer Davidstern-Skulptur erkennen. Sie hat der rumänische Bildhauer Peter Jacobi schon vor 15 Jahren geschaffen. Jacobi, 1935 in Rumänien geboren, lebt heute bei Pforzheim. Seine Davidstern-Skulptur hat er bereits in Berlin sowie in Frankreich gezeigt – immer in der Hoffnung, auch seine Heimat werde irgendwann mal eine Gedenkstätte für die 400 000 Juden und die 12 000 Roma errichten, die in der Zeit des Zweiten Weltkrieges ermordet worden sind. Von Jacobi stammt auch der Entwurf des gesamten Mahnmals, der vor fast 30 Jahren bei einem Wettbewerb ausgezeichnet wurde.

In Rumänien hat es besonders lange gedauert, ehe der Holocaust als Staatsverbrechen anerkannt worden ist. Es bedurfte erst des Berichts einer internationalen Kommission unter Vorsitz des Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel, bis Bukarest die Schuld an dem Völkermord zugab. Das war 2004. Seitdem gilt der 9. Oktober als nationaler Holocaust-Gedenktag. An diesem Tag im Jahr 1940 begannen die Deportationen rumänischer Juden aus der damals zu Rumänien gehörenden Bukowina.

Das Mahnmal soll aus fünf Skulpturen auf einer Fläche von fast 3000 Quadratmetern stehen. Ein begehbares Gebäude bildet den Mittelpunkt. Es liegt zum Teil oberirdisch, zum Teil unter der Erdoberfläche – als Symbol für jene Juden, die versucht haben, sich zu verstecken, aber auch zur Erinnerung an die fürchterlichen Zustände, unter denen sie deportiert wurden. Rechts neben diesem zentralen Bau wird eine 17 Meter hohe Säule den Platz weithin sichtbar machen, wo demnächst an den Holocaust erinnert wird. Auf der anderen Seite sollen ein Davidstern und ein Rad miteinander verwoben werden – Sinnbilder für das gemeinsame Schicksal von Juden und Roma. „Zunächst wird mit dem Bau des zentralen Memorials begonnen, anschließend wird das Gelände gestaltet“, zitiert die „Jüdische Allgemeine“ Peter Jacobi. Die Skulpturen will der Künstler in Berlin fertigen lassen. Sie sollen im Dezember fertig sein. Die Bauarbeiten dürften zwölf bis 18 Monate in Anspruch nehmen, schätzt Jacobi.

Zweifel an der ehrlichen Absicht der rumänischen Regierung, künftig an den Holocaust und seine Opfer zu erinnern, hat Ministerpräsident Calin Popescu Tariceanu kürzlich zu zerstreuen versucht, als er sagte: „Die barbarischen Ereignisse aus der Zeit des Holocaust dürfen sich niemals wiederholen … Wir müssen jedwede Art der Diskriminierung und Intoleranz bekämpfen.“ Man wird sehen, ob den Worten Taten folgen. Antisemitismus und Ausgrenzung der Roma sind im Alltag nämlich unübersehbar. „Die rumänische Gesellschaft hat noch große Informationslücken in Bezug auf den rumänischen Holocaust“, mahnt Jacobi. Immerhin gibt es seit einiger Zeit in Bukarest das „Elie-Wiesel-Institut“ zum Studium des Holocaust in Rumänien, das sich von Anfang an für das Mahnmal stark gemacht hat. Unterstützt durch die jüdischen Gemeinden hat es durchgesetzt, dass an den Schulen der Holocaust als Wahlfach eingeführt werden kann.

Vor der Schoa lebten in Rumänien etwa 800 000 Juden. Jetzt sind es noch rund 9000. Die meisten haben das Land im Laufe der Jahrzehnte verlassen, besonders viele nach der Gründung des Staates Israel 1948 und noch einmal nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft. Ob es jemals wieder eine spürbare jüdische Minderheit in Rumänien geben wird, ist ungewiss. 1948 waren es knapp 140 000. Das entsprach 0,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. 1977 waren es nur noch 26 000 (0,1 Prozent). Schaut man allerdings nach Polen, wo die jüdischen Gemeinden wachsen, kann Hoffnung aufkommen.

Heiner Lichtenstein

„Arische Ostereier"

Die Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Unternehmer in der Nazizeit.

„Ausgrenzungsprozesse und Überlebensstrategien, kleine und mittlere jüdische Gewerbeunternehmen in Berlin 1930/31 – 1945" lautet ein Forschungsprojekt, das Christoph Kreutzmüller am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Humboldt-Universität seit 2005 betreut. Darin sollen die im Berliner Handelsregister registrierten und aus anderen zeitgenössischen Quellen gewonnenen Grunddaten der Unternehmen erfasst, alle Veränderungen in einer Datenbank gespeichert und allgemein zugänglich gemacht werden. Eine Veröffentlichung, in der die gewonnenen Daten wirtschafts- und gesellschaftshistorisch interpretiert werden, ist für 2010 geplant, ebenso der Vergleich mit den durchgeführten Untersuchungen zu kleinen und mittleren jüdischen Unternehmen in Breslau (Wroclaw) und Frankfurt/Main. So kann die Entrechtung und Verfolgung der jüdischen Unternehmen in den drei damals größten jüdischen Gemeinden, in denen rund 40 Prozent der Juden lebten, dargestellt und analysiert werden.

In ihren Grunddaten rekonstruiert wurden bisher 5600 von geschätzten 9000 jüdischen Gewerbebetrieben (240 000 gab es 1933 in Berlin insgesamt). Eine Auswahl von 16 Unternehmensgeschichten aus diesem Bestand, mit den Biographien und Schicksalen, die sich dahinter verbergen, ist jetzt in einer Ausstellung (die der Katalog zur Gänze dokumentiert) zu sehen. Sie gibt einen Einblick in Branchen und Bereiche, die bisher nicht die Aufmerksamkeit der Forschung gefunden haben. Dargestellt werden auch mögliche Gegenstrategien, die genutzt wurden, um sich gegenüber einer stets feindlicher werdenden Umwelt noch behaupten zu können. Zwei Drittel der Geschäfte blieben bis 1938 erhalten. Bei dem Pogrom vom 9./10. November wurden zahlreiche jüdische Geschäfte systematisch geplündert und vernichtet. Juden wurde danach das Anbieten von Waren und Dienstleistungen wie der Betrieb von Einzelhandelsgeschäften und Handwerksbetrieben verboten.

Nachgezeichnet werden unter anderem das Schicksal des berühmten Antiquars Martin Breslauer, der zum Verkauf seiner Sammlung gezwungen wurde. Die von ihm dann geforderte Steuerschuld entsprach genau dem Erlös der Sammlung; es blieb also nichts mehr übrig, um die am 1. Juli 1937 gelungene Emigration nach England zu finanzieren. Die Brüder Ernst und Richard Friedmann, Inhaber einer Firma zur Herstellung von Autopolstern in Berlin-Weißensee, wurden über Jahre hinweg – bis zum Zwangsverkauf Ende Juni 1938 – eingeschüchtert und terrorisiert. Ernst Friedmann wurde 1941 in das Ghetto Lodz und von dort am 9. Mai 1942 in das Vernichtungslager Chelmno transportiert. Richard Friedmann beging am 16. Juli 1942 angesichts der bevorstehenden Deportation Selbstmord: „Nun wird aus unserem Wiedersehen doch nichts mehr", schrieb er in einem Abschiedsbrief an seine langjährige Sekretärin, „denn ich muss fort, da ich mich in einem KZ nicht erst lange quälen lassen will. Wenn sich noch irgendjemand an mich erinnert, grüßen Sie ihn bitte."

Unter welchen Repressalien die Verdrängung der zahlreichen alteingesessenen jüdischen Eierhandlungen aus dem Markt vonstatten ging, zeigen gleich mehrere Beispiele. Zwangsverkauf an nichtjüdische Eierhändler oder Konzessionsentzug lautete die Alternative. Jüdische Handelsfirmen durften nämlich nicht Mitglied der am März 1934 gegründeten „Wirtschaftlichen Vereinigung des Deutschen Eierhandels" werden. Sie waren damit vom Import ausländischer Eier ausgeschlossen und lediglich auf den Verkauf aussortierter Mangelware aus zweiter Hand verwiesen. Über diese, auf dem Verordnungsweg erzielte, „Marktbereinigung" berichtete die NS-Tageszeitung „Der Angriff" bereits zu Ostern 1936: „In diesem Jahr werden wir zum ersten Mal die Gewissheit haben, dass die Ostereier auf dem Weg zu uns nur durch arische Hände gegangen sind."

Es ist das große Verdienst dieser auch lokalhistorisch bedeutsamen Ausstellung, den komplexen Prozess der systematischen Verfolgung jüdischer Unternehmen seit 1933 an den Biographien und Schicksalen ihrer Inhaber anschaulich und durchschaubar gemacht zu haben. *Theo Meier-Ewert*

Die Ausstellung wird bis zum 29. November im Foyer der Humboldt-Universität und im Frühjahr 2009 im Landesarchiv Berlin gezeigt; www.hu-berlin.de; www.aktives-museum.de.

Verraten und Verkauft, Jüdische Unternehmen in Berlin 1933 – 1945, Berlin: 2008, 80 Seiten, 5 Euro; im Foyer der Humboldt-Universität erhältlich.

Meldungen

Klamme Finanzen

Stuttgart – Angaben des baden-württembergischen Innenministeriums zufolge hat die NPD im Ländle chronische Geldsorgen. Demnach befindet sich der baden-württembergische NPD-Landesverband „seit Jahren in einer finanziell sehr angespannten Lage“. Gelder aus der „staatlichen Teilfinanzierung“ nach dem Parteiengesetz erhalte die NPD nicht, da sie bei der Landtagswahl 2006 die Hürde, um in den Genuss dieser Finanzierung zu gelangen, nicht erreichte. Diesen Mangel an staatlichen Geldern könne die NPD nicht durch Mitgliedsbeiträge und das Spendenaufkommen ausgleichen. So die Stellungnahme des baden-württembergischen Innenministeriums auf eine Anfrage der FDP zum Thema „Finanzierung von rechtsextremistischen Vereinen, Stiftungen und Organisationen in Baden-Württemberg“ (Drucksache 14/3205). Rechtsextremistische Stiftungen in Baden-Württemberg sind dem Innenministerium nicht bekannt. Außerhalb der Parteienfinanzierung stellen der rechtsextremistische Musikhandel und Vertriebsdienste die umsatzträchtigsten Bereiche im Rechtsextremismus dar. (am)

Unerwünschter Besucher

Altenholz – In der Gemeinde Altenholz bei Kiel wurde jetzt die von der Friedrich-Ebert-Stiftung konzipierte Wanderausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ nicht ohne NPD-Störversuch eröffnet. Zu der Auftaktveranstaltung im Gymnasium in Altenholz rückte der Kieler NPD-Ratsherr Hermann Gutsche mit Sympathisanten und Parteifahne an. Als er auf mehrheitlichem Wunsch von dem Treffen ausgeschlossen wurde, postierte er sich vor dem Schulgelände und verteilte unter anderem Propaganda-CDs. Das Prozedere wiederholte sich am zweiten Ausstellungstag. Auch für die Folgetage kündigte Gutsche seinen Besuch an. (hf)

Braune Weihnachten

Ungarn (Budapest) – Breit mobilisiert wird in der Neonazi-Szene für ein „White X-Mass Fest“ am 20. Dezember dieses Jahres. Stattfinden soll das braune Spektakel in der ungarischen Hauptstadt Budapest. Angekündigt sind unter anderem die Bands „Before the War“ (Slowakei), „Ecce Mors“ (Tschechien), „Path of Resistance“ (Deutschland), „Still Burning Youth“ (Italien) sowie die ungarischen Gruppen „Gungnir“, „The Worst Nightmare“, „Verszerzödes“ und „Voice of Justice“. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de